Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 101 (2007)
Heft: 5

Artikel: Zürcher Wahlmentekel
Autor: Spieler, Willy
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-389881

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zürcher Wahlmenetekel

Niemand hat sie erwartet, diese «gigantische Wahlniederlage» (TA 16.04.07) der SP bei den Zürcher Kantonsratswahlen am 15. April. Die Partei hat 7,2 Prozent oder mehr als einen Viertel ihres Wähleranteils verloren. Die Zahl ihrer Kantonsratssitze verringerte sich gar um einen Drittel von bisher 53 auf 36. Mit gerade noch 19,5 Prozentpunkten liegt die SP unter ihrem historischen Tiefstand von 1983. Ähnlich gross war damals der Absturz von 25,1 auf 19,9 Wählerprozent, ähnlich auch die Wählerverschiebung zu den Grünen.

Neu kam diesmal die grünliberale Partei aus dem Stand auf 5,8 Prozent und 10 Sitze. Aber auch die «alten» Grünen legten um 2,3 auf 10,4 Prozent zu und steigerten ihre Vertretung im Kantonsrat um 7 auf 19 Sitze.

Heisst das, dass die verlorenen 17 SP-Mandate zu Grün gewechselt haben? (Ich vernachlässige hier die Sitzverluste, die auf das neue Wahlverfahren zurückzuführen sind. Kaum ins Gewicht fallen auch die 1,3 Prozent für die Alternative Liste, die neu mit 2 Sitzen in den Kantonsrat einzieht.) Wenn ja, ist es eine Wählerwanderung zu den «alten» oder zu den «neuen» Grünen? Aufhorchen lässt die Analyse aus dem Statistischen Amt des Kantons Zürich, dass etwa die Hälfte (!) der bisher grünen Wählerschaft diesmal die Grünliberalen bevorzugt habe (TA 30.04.07). Das würde bedeuten, dass die Grünen nur deshalb zulegen konnten, weil sie massiven Zuwachs von bisherigen SP-Wähler/innen erhielten. Da die original Grünen heute eher links politisieren, hätte die SP somit allen Grund, nach ihrem eigenen linken Profil zu fragen und weniger auf die zahlreichen Kommentatoren und professionellen Politaugurinnen zu hören, die eine vermeintliche Abwanderung von links nach rechts begackern und der SP empfehlen, sich einer diffusen Mitte anzunähern.

Suche nach den Ursachen

Wenn es nach einigen der Blogs auf der Homepage der SPS ginge, wäre vor allem die *Migrationspolitik* am Wahldebakel schuld. Gewiss gab und gibt es jene hässlichen Geschichten über kriminelle junge Ausländer, die am meisten dort geglaubt werden, wo es am wenigsten von ihnen hat. Das Schweigen zu den Vorfällen in zwei Schulhäusern und zur Kampagne der SVP gegen «linke Kuschelpädagogik» machte die Sache auch nicht besser. Trotzdem vermute ich, die Migrations- und Integrationsfrage habe bei der Niederlage vom 15. April nur eine Nebenrolle gespielt. Sonst hätte das rechtskonservative Lager zugelegt und nicht – mit den Freisinnigen im Schlepptau – Mandate verloren.

Wenig differenziert kommt auch die Schelte daher, dass die SP Schweiz mit dem «Schlafwagen in den Abgrund» (Südostschweiz, 16.04.07) fahre. Wer die SPS auch nur ein wenig kennt, gar ihre zahlreichen Positionspapiere liest, hat vielmehr den Eindruck einer Partei, die bienenfleissig ist, aber sich zu sehr verzettelt. Es fehlt die *Bündelung der Kernthemen,* ihre vereinfachende (nicht simplifizierende) *Zuspitzung* nach aussen. Auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundesrates könnten zu diesen Kernthemen erheblich mehr beitragen, würden sie sich nicht in vo-

rauseilendem Gehorsam gegenüber der bürgerlichen Mehrheit in Regierung und Parlament üben – vom Rentenalter 67 bis zur Kernkraft und zur Verteidigung der Steueroase.

Anders als die SPS muss sich die *Zürcher Kantonalpartei* freilich vorwerfen lassen, dass sie nach den satten Gewinnen von 2003 *träge* geworden und der Wahlkampf entweder unsichtbar oder dann gesichtslos gewesen sei. In der NZZ (17.4.07) belegt *Kuno Gurtner* den Vorwurf am Beispiel der «Steuergerechtigkeit», einstmals «ein sozialdemokratisches Kerngeschäft», wie er schreibt: «Oder hat jemand bemerkt, dass die Zürcher SP sich für die eidgenössische Steuergerechtigkeits-Initiative der Mutterpartei ins Zeug legen würde, die den Steuerwettbewerb beschränken will?» Auch beim «Kampf gegen die Pauschalbesteuerung, ein Steuerprivileg reicher Ausländer», habe nicht die SP, sondern «die Alternative Liste die Nase vorn». Es ist bemerkenswert, dass die NZZ der SP sagt, was diese tun sollte, noch bemerkenswerter, dass die NZZ für einmal sogar Recht hat.

Einig sind sich die Zeitungskommentare darin, dass die *«Grosswetterlage»* das Wahlresultat bestimmt habe. Nach dem viel zu warmen Winter ist diese Grosswetterlage sogar wörtlich zu nehmen. Aber wenn schon, sollte nicht mit meteorologischen Begriffen Wahlanalyse betrieben, sondern gefragt werden, warum es der SP zu wenig gelingt, die soziale Frage mit der ökologischen Frage zu verbinden.

Doch zunächst sollten wir wissen, wofür denn eigentlich die angeblich so attraktive grünliberale Partei steht.

Wer sind die Grünliberalen?

Wer die aus einer Abspaltung von den Grünen hervorgegangenen Grünliberalen sind, wissen sie wohl selber nicht so genau. Ihr kantonaler Parteipräsident Nationalrat *Martin Bäumle* scheint allerdings für eine Art «Öko-FDP» zu stehen. Er war für das Steuerpaket und für Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung, er hat auch das Ausländer- und Asylgesetz sowie die Verschärfung der Richtlinien für die Sozialhilfe befürwortet, und er setzt sich jetzt für den Sozialabbau bei der fünften IV-Revision ein. Bürgerlich kommt ebenfalls das grünliberale *Leitbild* daher, in dem zu lesen steht: «Die Sanierung des Sozialwesens ist eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre. Das Prinzip der Eigenverantwortung steht an erster Stelle.»

«Eigenverantwortung» war schon das Schlagwort der heute grünliberalen *Verena Diener* als Gesundheitsdirektorin des Kantons Zürich. Als sie ihr Gesundheitsgesetz in die Vernehmlassung schickte, wimmelte es von neoliberalen Versatzstücken, unter denen auch «weniger Staat» im Gesundheitswesen und die «Privatisierung» der Spitäler nicht fehlen durften. Die SP musste Frau Diener in Erinnerung rufen, «dass nicht nur das individuelle Verhalten, sondern vor allem die *sozialen Systeme* für die Gesundheit der Menschen wesentlich sind». Gesundheitspolitik sei «daher immer auch Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik». Sonst kranke das «Gesundheitsgesetz – wie der Neoliberalismus – an einem Mangel an vernetztem Denken».

«Grünliberal» war bei Frau Diener auch der Versuch, die *bürgerliche Sparpolitik* ökologisch zu verinnerlichen, d.h. sie mit den «Grenzen des Wachstums» zu rechtfertigen. Dass die «Politik der leeren Kassen» gerade nicht Wachstumsbegrenzung, sondern Umverteilung von Arm zu Reich im Sinne hat und Reich dabei nicht schrumpfen, sondern erst recht wachsen soll, entging der Magistratin. Magersucht im öffentlichen Bereich durch Fettsucht im privaten Bereich zu kompensieren, kann jedenfalls nicht der Sinn einer ökologisch zu verantwortenden Politik sein.

Ein abgewählter SP-Kantonsrat hat mir «trotzig-stolz» geschrieben: «Ich werde die neuen Öko-ÖkonomInnen

gerne daran erinnern, dass ihr Zweiklang Ökonomie – Ökologie misstönig ist und es den dritten (oder ersten) Ton der Solidarität und der sozialen Frage braucht.»

Ökologie und soziale Gerechtigkeit

Die SPS steht zwar auch ökologisch nicht mit leeren Händen da: Zu erwähnen wären die Ablehnung der Avanti-Initiative der Strassenlobby, der Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr, eine CO2-Abgabe sowie eine Einspeisevergütung für erneuerbare Energien. Auf der andern Seite muss sich die SP in Acht nehmen, dass aus ihrer gewiss richtigen Parole vom *«nachhaltigen Wirtschaftswachstum»* kein Doppelspiel zwischen dem Adjektiv und dem Substantiv wird. Das Adjektiv eignet sich für Programmrhetorik, das Substantiv setzt sich in der Praxis durch, zumal diese unter einer kapitalistischen, wenn nicht neoliberalen Dominanz in Wirtschaft und Politik steht. «Wir waren auch schon ökologischer», hat bereits vor Jahren Zürichs Stadtpräsident eingeräumt, der seine sozialdemokratische Laufbahn einst als Umweltpolitiker begonnen hatte. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um den *ökologischen Umbau* unserer Wirtschaft – also darum, «qualitativ zu wachsen, um quantitativ schrumpfen zu können», wie unser Freund *Kurt Seifert* vor Jahresfrist in einem (von der Parteileitung entgegengenommenen) Antrag zum neuen Wirtschaftskonzept der SPS ausgeführt hat.

Die SP muss zusammen mit der Ökologie für die soziale Gerechtigkeit eintreten. Auch im Blick auf die wenig Verdienenden, die SVP wählen. Nun auch im Blick auf die «unsozialen Grünen»(Peter Bodenmann). Und nicht zuletzt im Blick auf jene neoliberal gewendeten Medien, die der SP vorwerfen, «zu gewerkschaftsnah» zu politisieren. (Nebenbei bemerkt gehören alle bisherigen Gewerkschaftsvertreter/innen der SP im Zürcher Kantonsrat zu den Wiedergewählten!). *«Gewerkschaftsnah»* ist zum Schimpfwort geworden, das seinen Urhebern die sachliche Auseinandersetzung mit Inhalten ersparen soll. Vergessen geht dabei, dass nur schon der Kampf für Lohngerechtigkeit den Sozialstaat umso mehr entlastet, je erfolgreicher die Gewerkschaften sind. Die «gewerkschaftsnahe» Ruth Dreifuss hat noch als Bundesrätin in einem NW-Gespräch gesagt: «Ich ziehe Systeme vor, die den Sozialstaat überflüssig machen würden» (NW 2002, 199). Lieber habe sie keine Working poor, als dass der Staat ihnen mit Sozialhilfe und allenfalls Ergänzungsleistungen beistehen müsse.

Die *Umverteilung von unten nach oben* geht weiter. Wenn auf der einen Seite Unternehmen Gewinne von über 10 Milliarden machen und Manager bis zu 44 Millionen abkassieren, wenn auf der anderen Seite die Armut in den Familien zunimmt, die Lehrstellen seit 2000 um die Hälfte abgenommen haben, die Arbeitsplätze für Behinderte massiv zurückgehen, immer mehr Menschen in die Sozialhilfe abgeschoben werden, dann ist die soziale Frage brennend aktuell. Der Konjunkturaufschwung darf nicht darüber hinweg täuschen, dass 400 000 Menschen in diesem Land entweder keine oder zu wenig Arbeit haben, weshalb 180 000 Vollzeitstellen fehlen. Gestiegen ist auch die Zahl der temporär und auf Abruf Arbeitenden. 100 000 Personen verdienen weniger als 3000 Franken bei voller Arbeit. Der diese Zahlen nennt, ist der neue Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der den Grünen nahestehende *Daniel Lampart* (Das Magazin, Nr. 16/07).

Und noch ein Letztes: Die SP hat Ende 2006 ihre *Steuergerechtigkeits-Initiative* gestartet und im April dieses Jahres das Referendum gegen die *Unternehmenssteuerreform II* ergriffen. Schon am 17. Juni kommt im Kanton Zürich die von der SP erarbeitete Initiative *«Chancen für Kinder»* zur Abstimmung. Gelingen diese Vorstösse, wird niemand mehr von einer «trägen» Partei sprechen. •